

# **Positionspapier der CDU-Bürgerschaftsfraktion zur Flüchtlingspolitik**

**vom: 21.09.2015**

## **1 Aktuelle Herausforderungen für Bremen und Bremerhaven**

In den letzten Jahren sind immer mehr Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern nach Bremen und Bremerhaven gekommen und die Anzahl der Neuankömmlinge steigt stetig an. Die meisten von ihnen fürchten in den Bürgerkriegsgebieten im Nahen Osten und in Afrika um Leib und Leben und das ihrer Angehörigen. Sie haben Familie und Freunde sowie ihr gesamtes Hab und Gut zurückgelassen und einen gefährlichen Weg nach Europa auf sich genommen. Es steht für uns außer Frage, dass Menschen, die verfolgt oder vertrieben werden und nicht in ihre Heimat zurückkehren können, bei uns dauerhaft willkommen sind. Auf Grundlage unseres christlichen Wertefundaments und der in unserem Grundgesetz verankerten Grundwerte bekennt sich die CDU-Bürgerschaftsfraktion zu dem eindeutigen Auftrag, Verfolgten und Vertriebenen Zuflucht aber auch Zukunft zu gewähren. Sie dabei zu unterstützen, bei uns ein neues, eigenständiges Leben zu beginnen, sich zu integrieren und Bildungschancen für sich und ihre Kinder zu schaffen, ist eine Selbstverständlichkeit. Eine ebensolche Selbstverständlichkeit ist es, dass diejenigen Menschen, die ohne einen Asylgrund zu uns kommen und kein dauerhaftes Bleiberecht haben, in ihre Heimatländer zurückkehren. Dies betrifft in jüngster Zeit insbesondere Menschen aus den Westbalkanstaaten, die in ihren Heimatländern eben gerade nicht verfolgt oder vertrieben werden.

Nachdem im Jahr 2014 2.233 Menschen in Bremen und Bremerhaven Zuflucht gefunden haben, gehen die Prognosen für das Jahr 2015 von einem Zuzug von etwa 9.000 Flüchtlingen und Asylbewerbern aus. Dazu kommen etwa 2.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die nach den Standards der Kinder- und Jugendhilfe zu versorgen sind. Das Land Bremen ist nach dem Königsteiner Schlüssel verpflichtet, rund 1 Prozent aller Flüchtlinge aufzunehmen, die nach Deutschland einreisen. 80 Prozent der erwachsenen Flüchtlinge bleiben in der Stadtgemeinde Bremen, 20 Prozent werden nach Bremerhaven weitergeleitet. Für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gilt derzeit, dass sie nicht zwischen den Bundesländern verteilt werden. Die Stadtgemeinde Bremen hat von ihnen 2014 ca. 6 Prozent aufgenommen. Nur wenige werden derzeit nach Bremerhaven verteilt.

Durch die zerfallenden Staaten im Nahen Osten und in Afrika, die zunehmend terroristisch bzw. religiös-fundamentalistisch geprägten Konflikte und die Instabilität gesamter Regionen, hat die Zuwanderung derzeit einen anderen Charakter als beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens in den neunziger Jahren. Es ist davon auszugehen, dass ein Großteil der in Bremen und Bremerhaven ankommenden Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afrika auf absehbare Zeit nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren kann und wird. Insofern setzen wir uns dafür ein, dass unsere Asylpolitik vom ersten Tag durch integrationspolitische Instrumente begleitet wird.

Schon heute sind in Bremen und Bremerhaven Fachkräfte am Arbeitsmarkt gefragt. Ausbildungsstellen können nicht besetzt werden. Zuwanderung ist deshalb auch eine Chance, den wirtschaftlichen Wohlstand und den überdurchschnittlichen Lebensstandard dauerhaft zu erhalten. Trotzdem wählen viele Zuwanderungswillige auf Grund der bürokratischen Hürden den vermeintlich leichten Einwanderungsweg über ein Asylverfahren. Ein

Einwanderungsgesetz, welches die bisherigen Gesetze bündelt, strafft und vereinfacht, kann helfen, Humankapital effektiver zu nutzen.

## **2 Integration von Flüchtlingen vom ersten Tag an beginnen**

### **2.1 Wohnsituation für Flüchtlinge verbessern**

Die Zentrale Aufnahmestelle (ZAST) des Landes Bremen und die Übergangswohnheime in Bremen und Bremerhaven sind schon lange deutlich überbelegt. Diese Überbelegung war schon früh absehbar und wurde durch das lange Zögern der grünen Sozialsenatorin noch verschärft. Momentan wird der hohen Zugangszahl der Flüchtlinge und dem Unterbringungsdruck durch Zelte und Notlösungen begegnet. Der rot-grüne Senat beschränkt sich derzeit allein darauf, Notfallmaßnahmen einzuleiten, anstatt eine vorausschauende und zwischen den Ressorts abgestimmte langfristige Unterbringungsplanung vorzulegen. Aus der aktuellen Situation ergeben sich aber für die Menschen, die in den Notlösungen in der Regel mehrere Monate ausharren müssen, nicht nur beengte Wohnverhältnisse, sondern auch viele andere Schwierigkeiten bis hin zu hygienischen Problemen. In den Zeltstädten macht sich Hoffnungslosigkeit und Unverständnis für die momentane Situation breit.

- ➔ Die CDU-Bürgerschaftsfraktion spricht sich für die Erstellung einer langfristigen Unterbringungsplanung aus, die auf Basis der aktuellen Zugangszahlen und Schätzungen stets zu aktualisieren ist. Die entsprechenden Mittel müssen dafür vom Land Bremen bereitgestellt werden.
- ➔ Baurechtlich muss es zu einer Flexibilisierung der Regelungen kommen, damit Einrichtungen schnell und unbürokratisch errichtet und genutzt werden können.
- ➔ Um die Situation in der ZAST zu verbessern und Notlösungen in Zelten zu vermeiden, fordern wir den Bau von landeseigenen neuen Erstaufnahmeeinrichtungen und Übergangswohnheimen, mit deutlich erhöhten Platzkapazitäten.
- ➔ Vor dem Hintergrund extremer Kostensteigerungen bei den Mieten für Gebäude, Container oder Großzelte, ist zu prüfen, ob langfristig nicht der Erwerb günstiger ist. Auch der Eigenbau von Immobilien auf den vorhandenen städtischen Grundstücken kann die Situation entschärfen.
- ➔ Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten sollen generell nicht in Übergangswohnheime umziehen, sondern in getrennten Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben und bei abgelehntem Asylantrag möglichst schnell in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Nur so können ausreichend Kapazitäten für Flüchtlinge bereitgestellt werden, die tatsächlich unsere Hilfe brauchen.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion unterstützt den frühzeitigen Umzug von Flüchtlingen in eigene Wohnungen. Durch die Unterbringung in eigenen Wohnungen werden Konflikte zwischen den Flüchtlingen vermieden und eine Integration deutlich erleichtert. Es ist deshalb ausdrücklich zu begrüßen, dass in Bremen und Bremerhaven inzwischen viele Flüchtlinge in eigenen Wohnungen leben. Das gilt insbesondere für Familien. Dabei konkurrieren Flüchtlinge im Wohnungsmarkt mit anderen Gruppen in schwierigen sozialen Verhältnissen sowie mit Studenten und Rentnern und der Wohnraum wird zunehmend knapper.

- ➔ Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert, dass nur Flüchtlinge, die eine gute Aussicht auf eine Bleiberechterspektive haben, in Wohnungen umziehen dürfen. Flüchtlinge aus den Westbalkanstaaten und aus anderen sicheren Herkunftsstaaten sind von einem Umzug in Wohnungen auszuschließen.

- ➔ Für den Bau von neuen Wohnungen ist eine reine Innenentwicklung der bisherigen Wohngebiete nicht ausreichend. Auch im Interesse der Flüchtlinge müssen Flächen zur Bebauung freigegeben werden.
- ➔ Auch nach dem Umzug in Wohnungen bedürfen Flüchtlinge einer intensiven Betreuung, damit eine Integration gelingen kann. Die derzeitige ambulante Betreuung in der Stadtgemeinde Bremen ist nicht ausreichend, so dass die Flüchtlinge immer wieder hilfesuchend in die Übergangswohnheime zurückkehren. An dieser Stelle besteht deutlicher Nachbesserungsbedarf.
- ➔ Viele Bürger möchten Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung stellen: Der Senat muss dazu stärker ermutigen. Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden muss vermehrt für bereits bestehende Regelungen zu einer einfach und unbürokratischen Vermietung geworben werden, auch um mögliche Befürchtungen bei potenziellen Vermietern auszuräumen.
- ➔ Vor der Aufnahme in Erstaufnahmeeinrichtungen muss die Identität der Flüchtlinge festgestellt werden. Sie sind deshalb erkennungsdienstlich zu erfassen. Das verhindert auch Mehrfachmeldungen in verschiedenen Bundesländern und Folgeanträge nach einer Wiedereinreise ins Bundesgebiet.

## **2.2 Spracherwerb und Zugang zum Bildungssystem sind der Schlüssel zur Integration**

Gute Deutschkenntnisse ermöglichen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben und vor allem auch Chancen zum sozialen Aufstieg durch Bildung und persönlichen Einsatz. Angesichts der aktuellen Krisenherde auf der Welt, ist davon auszugehen, dass viele der ankommenden Flüchtlinge über längere Zeit oder dauerhaft in Deutschland bleiben werden: Deshalb muss ihnen möglichst schnell ein Weg in die Mitte unserer Gesellschaft geebnet werden. Für Kinder und Jugendliche, deren weitere Entwicklung vom Erwerb der deutschen Sprache abhängt, sind Sprachkurse eben so wichtig, wie für Erwachsene, die sich auf dem Arbeitsmarkt orientieren müssen.

- ➔ Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert deshalb den Ausbau von verbindlichen Sprachkursen für Zuwanderer und Flüchtlinge, die eine Bleiberechtsperspektive haben, unabhängig von ihrem Aufenthalts- und ihrem Alphabetisierungsstatus: Es ist ein zusätzliches Landesprogramm zur vernetzten Sprachförderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen aufzulegen, sodass schneller und nachhaltiger ein Spracherwerb erfolgen kann.
- ➔ Es ist nicht hinnehmbar, dass schulpflichtige Kinder und Jugendliche nur notdürftig und in geringem Umfang in den Einrichtungen unterrichtet werden: Für sie müssen ab dem ersten Tag Kapazitäten in Deutsch- und Brückenkursen an den allgemeinbildenden Schulen geschaffen werden. Den regulären Klassen, die ohnehin schon voll belegt sind und unter Unterrichtsausfall leiden, dürfen ohne personelle Nachbesserungen keine weiteren Schüler mit rudimentären Deutsch- und Schreibkenntnissen zugeteilt werden. Die spezielle Deutschförderung darf mit dem Übergang in eine Regelklasse nicht enden.
- ➔ Für Kinder unter sechs Jahren muss die unterjährige Aufnahme in die regulären Kindertageseinrichtungen schnell und unbürokratisch erfolgen. Die Gruppengrößen der Einrichtungen dürfen dabei nicht überschritten werden. Durch den hohen Bedarf ist die Kita-Ausbauplanung des Senats deutlich anzupassen. Sozialpädagogische Spielkreise in den Wohneinrichtungen sind ein Notlösung, die die Integration nicht ausreichend fördern.

- ➔ Niedrigschwellige Programme zur Förderung des Spracherwerbs von Frauen, die durch herkömmliche Kurse oft schwer zu erreichen sind, wie das ESF-Projekt „Mama lernt Deutsch“, müssen fortgeführt und weiterentwickelt werden.

### **2.3 Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erleichtern**

Das Arbeitskräftepotenzial von Flüchtlingen muss stärker genutzt werden. Es hat sich für die Integration als hinderlich erwiesen, dass Flüchtlingen in der Vergangenheit der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt versperrt war. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion begrüßt deshalb, dass Flüchtlinge nunmehr bereits nach drei Monaten eine Tätigkeit aufnehmen und damit auch ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Auch die Abschaffung der Vorrangprüfung für Praktika ist ein erster Schritt. Langfristig ist die Vorrangprüfung für Asylbewerber und Geduldete komplett abzuschaffen. Für arbeitssuchende Flüchtlinge bilden Kompetenzfeststellung, Sprachstandserhebung und Beratung den Ausgangspunkt für weitere Maßnahmen, wie die Förderung des Spracherwerbs und die Festlegung der beruflichen Orientierung. Für Jugendliche können eine schnelle, qualifizierte Beschulung und eine Berufsausbildung den Weg für eine erfolgreiche und eigenständige Zukunft in Deutschland ebnen.

- ➔ Bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung müssen die Qualifikation und Sprachkenntnisse der Asylbewerber und ihre bisherigen Berufserfahrungen systematisch erfasst werden. Dazu müssen die Agentur für Arbeit und das Jobcenter vor Ort tätig werden.
- ➔ Jobcenter und Agentur für Arbeit müssen in den Übergangwohnheimen regelmäßige, auch mehrsprachige Sprechstunden zum Thema „Arbeitsmarkt für Asylbewerber in Bremen und Bremerhaven“ anbieten, die speziell auf die Bedürfnisse der Flüchtlinge zugeschnitten sind. Wir begrüßen in diesem Kontext den Beschluss des Koalitionsausschusses auf Bundesebene, das Personal in den Jobcentern deutlich aufzustocken.
- ➔ Es bedarf eines breit angelegten speziellen Aus- und Weiterbildungsprogramms für Flüchtlinge, die bereits berufliche Qualifikationen im Heimatland erworben haben. Für sie muss je nach Qualifikation eine verkürzte Aus- oder Weiterbildung möglich sein. Diese muss flexibel den jeweiligen Voraussetzungen der Betroffenen und die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasst sein. Dazu gehört auch berufsfeldbezogener Deutschunterricht und die Flexibilisierung der dualen Ausbildung.
- ➔ Auch bei der Orientierung am Arbeitsmarkt ist es wichtig, dass die Flüchtlinge eine feste Bezugsperson haben, die kontinuierlich mit ihnen arbeitet. Bei einem Wechsel des Wohnorts muss gewährleistet sein, dass die Beratung von Jobcenter oder Agentur für Arbeit aus einer Hand erfolgt.
- ➔ Der Senat muss in Kooperation mit Kammern und Verbänden ein breitgefächertes Praktikumsprogramm auflegen, das qualifizierten Bewerbern schnell, unbürokratisch und sofern möglich auch in englischer Sprache erste Einblicke in den deutschen Arbeitsmarkt vermittelt.
- ➔ Die Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse, z.B. in den Gesundheits- und Erziehungsberufen, müssen deutlich vereinfacht und ggf. bundeseinheitlich geregelt werden. Noch immer besteht an dieser Stelle ein Nachholbedarf.
- ➔ Jugendliche Flüchtlinge brauchen eine intensivere Unterstützung als Erwachsene: Für sie müssen regelmäßig mehrmonatige berufs- und ausbildungsvorbereitende

Kurse angeboten werden, damit sie ggf. notwendige Einstiegsqualifikationen nachholen und die Voraussetzungen für den Beginn einer Berufsausbildung erlangen.

- ➔ Viele Jugendliche kommen erst im fortgeschrittenen Teenageralter nach Bremen und Bremerhaven: Für sie muss es ermöglicht werden, dass sie bis zu ihrem 21. Lebensjahr eine Berufsschule besuchen, um ihnen nicht von Beginn an die Ausbildungsperspektive zu versperren. Wir befürworten die bestehende Regelung, dass junge Flüchtlinge während der Berufsausbildung eine Bleiberechtigungsprospektive haben, damit Betriebe und Unternehmen nachhaltig planen können.
- ➔ Während des Berufsschulunterrichts benötigen jugendliche Flüchtlinge eine intensivere Förderung als bisher, um den sprachlichen und fachlichen Anforderungen gerecht zu werden. Qualifizierungsmaßnahmen für Berufsschullehrer in interkultureller Kommunikation sind hierfür hilfreich.
- ➔ In Zusammenarbeit mit den Kammern wollen wir ein Mentorenprogramm für Zuwanderer auflegen, die planen, sich als Unternehmer zu betätigen.

## **2.4 Betreuungs- und Begleitungsangebote verbessern**

Flüchtlinge, die nach Bremen und Bremerhaven kommen, brauchen vielfältige Unterstützungsangebote. Sie müssen in die Lage versetzt werden, das alltägliche Leben zu meistern. Dazu gehören z.B. die Asylberatung, Behördengänge, die Organisation von Kinderbetreuung oder die Suche nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Aber auch bei scheinbar banalen Dingen, wie das Benutzen des öffentlichen Nahverkehrs oder das Trennen von Müll, brauchen sie Unterstützung. Nach den traumatischen Erfahrungen in ihren Heimatländern und der oft aufreibenden wochenlangen Flucht brauchen sie nicht selten psychologische Betreuungsangebote und/oder eine medizinische Behandlung. Immer sind dabei Sprachmittler sowie ausgebildete Dolmetscher zur Unterstützung einzubeziehen. Viele der Betreuungsangebote werden derzeit ehrenamtlich geleistet.

- ➔ Die Senatorin für Soziales muss zeitnah eine mehrsprachige Broschüre erstellen, die es Flüchtlingen ermöglicht, sich in Bremen und Bremerhaven besser zu Recht zu finden. Diese muss bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen verteilt werden und in ausreichender Stückzahl vorhanden sein. Bei der Erstellung kann auf die vorliegenden Wegweiser zurückgegriffen werden, die Ehrenamtliche erstellt haben.
- ➔ Gut ausgebildete Sozialpädagogen verlassen derzeit Bremen auf Grund der schlechten Arbeitsbedingungen, obwohl sie hier händeringend gebraucht werden. Andere Kommunen und Länder bieten bessere Rahmenbedingungen. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert deshalb, diese Rahmenbedingungen auch in Bremen zu verbessern, um qualifizierte Fachkräfte zu halten.
- ➔ Das Internet ist für die meisten Flüchtlinge das einzige Mittel, um mit der Heimat in Kontakt zu bleiben. Auch Sprachlernprogramme oder Arbeitsvermittlungen können im Internet genutzt werden. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert in allen Einrichtungen für Flüchtlinge ausreichende Internetzugänge zur Verfügung zu stellen, im besten Fall in Form von WLAN. Die Kosten dafür sind überschaubar.
- ➔ Das „Bremer Modell“ zur medizinischen Versorgung ist eine gute Möglichkeit, Flüchtlingen den diskriminierungsfreien Zugang zum regulären Gesundheitswesen zu ermöglichen. Das geschulte Personal der AOK Bremen/Bremerhaven ist für die fachliche Überprüfung der Abrechnungen der Ärzte und Krankenhäuser besser qualifiziert als die Mitarbeiter des Amtes für Soziale Dienste.
- ➔ Bevor Flüchtlinge die Gesundheitskarte der AOK erhalten, müssen sie sich derzeit in der ärztlichen Sprechstunde in der ZAST behandeln lassen. Dafür müssen sie

auch in medizinischen Akutsituationen mit öffentlichen Verkehrsmitteln längere Fahrten auf sich nehmen. Immer wieder kommt es deshalb zu eigentlich nicht notwendigen Notarzteinsätzen in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert deshalb regelmäßige ärztliche Sprechstunden in allen Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Bremen.

- ➔ Die CDU-Bürgerschaftsfraktion setzt sich dafür ein, dass die medizinischen Eingangsuntersuchungen im Sinne des Infektionsschutzgesetzes tatsächlich lückenlos durchgeführt werden. Dass bei Flüchtlingen Tuberkulose-Untersuchungen auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, ist nicht hinnehmbar. Spätestens vor dem Umzug aus den Erstaufnahmeeinrichtungen in andere Wohneinrichtungen oder dem Besuch von Schulen und Kindergärten muss eine Tuberkuloseinfektion zweifelsfrei ausgeschlossen sein.
- ➔ Viele Flüchtlinge, die nach Bremen und Bremerhaven kommen, sind traumatisiert. Bei den entsprechenden Beratungsstellen bestehen derzeit lange Wartezeiten. Und die Menschen finden keine ausreichenden Behandlungsmöglichkeiten. Folgeerkrankungen können nicht ausgeschlossen werden. Diese Angebote müssen deshalb deutlich ausgebaut werden.
- ➔ Ein Schlüssel zur Integration ist auch die Möglichkeit sich in der neuen Heimat fortzubewegen und Kontakte auch außerhalb der Wohneinrichtung zu knüpfen: Wir fordern deshalb den Senat auf, mit den Verkehrsbetrieben in Bremen und Bremerhaven Verhandlungen mit dem Ziel einer Beförderungsmöglichkeit im Zuge des Sachleistungsprinzips für Flüchtlinge aufzunehmen.
- ➔ Zuwanderern und Flüchtlingen muss vor allem der Einstieg in den Alltag in Bremen und Bremerhaven erleichtert werden. Dazu gehört für uns eine „Willkommenskultur aus einer Hand“. Das Amt für Aufenthalt und Einbürgerung (Ausländeramt) möchten wir tatsächlich zu einer „Willkommensbehörde“ weiterentwickeln, die ausländer- und melderechtliche Fragen, Migrationsberatung und soziale Dienstleistungen effektiv und kundenfreundlich zusammenfasst. Das Ausländeramt muss dazu personell und materiell deutlich besser ausgestattet werden und regelmäßige Sprechstunden in den Übergangwohnheimen anbieten.
- ➔ Momentan zeigt sich immer wieder, dass Probleme und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Senatsressorts ein schnelles und pragmatisches Handeln unterbinden: Die CDU-Bürgerschaftsfraktion setzt sich deshalb, nach dem Vorbild anderer Bundesländer und Großstädte, für die Schaffung der Position eines Flüchtlingsbeauftragten ein. Er soll die Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik des Landes Bremen zentral steuern und unterschiedliche Akteure besser koordinieren.

## **2.5 Besonderen Schutzbedürfnissen besser Rechnung tragen**

In Bremen und Bremerhaven kommen viele besonders schutzbedürftige Flüchtlinge an. In Bremen hat in den letzten Monaten die Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF) für besondere Aufmerksamkeit gesorgt. Sie stehen unter besonderem gesetzlichen Schutz und müssen durch die Jugendämter in Obhut genommen werden. Neben den UMF gehören auch Schwangere, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung sowie chronisch Kranke und traumatisierte Personen zu den besonders schutzbedürftigen Personen. Aus der besonderen Schutzbedürftigkeit leiten sich für sie gemäß der EU-Asylaufnahmerichtlinie (2013/33/EU) besondere Rechte ab, die bis zum Sommer 2015 von Ländern und Kommunen umzusetzen sind.

- ➔ Um besonders schutzbedürftige Personengruppen zu identifizieren, fordert die CDU-Bürgerschaftsfraktion die Entwicklung eines mehrsprachigen Informationsblattes, welches an potentiell Betroffene ausgeteilt wird und sie über Unterstützungsmöglichkeiten informiert.
- ➔ Schwangere Frauen, alleinlebende Mütter mit Kleinkindern sowie hochaltrige und behinderte Flüchtlinge dürfen nicht ohne ausreichende Betreuung und Unterstützung monatelang in Erstaufnahmeeinrichtungen und Zelten untergebracht werden. Für sie müssen gemäß EU-Asylaufnahmerichtlinie spezielle Einrichtungen, die ihren Bedürfnissen, wie z.B. Rückzugsmöglichkeiten zum Stillen, Vorhalten von Babynahrung entsprechen, geschaffen werden.
- ➔ Besonders schutzbedürftige Personen bedürfen außerdem besonderer Unterstützung. Dazu fordert die CDU-Bürgerschaftsfraktion ein Netzwerk zur Koordination der Belange besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge, wie es in anderen Ländern, z.B. Berlin oder Niedersachsen, bereits besteht.
- ➔ Kinder und Jugendliche, die alleine in Bremen ankommen, müssen nach den Standards der Kinder- und Jugendhilfe versorgt werden. Dazu gehört auch, dass sie nicht monatelang weitestgehend unbetreut in der Steinsetzerstraße oder in Einfachhotels verbleiben müssen. Die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sind aufgefordert, dafür genug Fachpersonal vorzuhalten. Das gilt insbesondere für Amtsvormundschaften und Casemanager im Jugendamt. Hier sind gesetzliche Vorgaben zu erfüllen und dem besonderen Schutzbedürfnis der Jugendlichen Rechnung zu tragen.
- ➔ Mehrfach straffällige minderjährige unbegleitete Flüchtlinge dürfen nicht zur Gefahr für sich selbst und andere werden. Für Jugendliche ist umgehend und notfalls als Eigenbetrieb des Landes Bremen eine robuste Einrichtung zu schaffen, in der auch eine geschlossene Unterbringung auf Grundlage des SGB VIII ermöglicht wird.
- ➔ Die CDU-Bürgerschaftsfraktion begrüßt den Gesetzesentwurf aus dem Bundesfamilienministerium zur Umverteilung von UMF nach dem Königsteiner Schlüssel. Da sie bisher offenbar gezielt westdeutsche Großstädte ansteuerten, wird die Umverteilung für eine deutliche Entlastung des Jugendhilfesystems in Bremen sorgen.

### **3 Die gesellschaftliche Akzeptanz des Asylsystems muss erhalten bleiben**

#### **3.1 Zuwanderung aus sicheren Herkunftsstaaten beschränken**

Im ersten Halbjahr 2015 kamen rund 45 Prozent aller hier ankommenden Flüchtlinge aus den Staaten des westlichen Balkans: Die meisten von ihnen aus den Herkunftsländern Kosovo, Albanien, Serbien und Montenegro, aber auch aus Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. In den meisten Fällen liegt kein Asylgrund vor. 99 Prozent aller Asylanträge von Flüchtlingen aus den westlichen Balkanstaaten wurden 2014 abgelehnt. Es besteht die Gefahr, dass die gesellschaftliche Akzeptanz für Menschen, die in hohem Maße schutzbedürftig sind und deshalb nach Deutschland kommen, deutlich sinkt. Das belegen auch die aktuellen Umfragen von Infratest Dimap, in denen sich 37 Prozent der Deutschen dafür aussprechen, weniger Flüchtlinge aufzunehmen. 69 Prozent sprechen sich dagegen aus, weiterhin Wirtschaftsflüchtlinge vom Balkan aufzunehmen. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, diesen Zuzug deutlich zu beschränken.

- ➔ Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten oder Folgeantragssteller sollen in Bremen und Bremerhaven in separaten Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht

werden, in denen ihnen keine falschen Hoffnungen auf eine langfristige Bleiberechtsperspektive gemacht wird. Für sie ist die Residenzpflicht wieder einzuführen. Sie sollen nicht in Übergangswohnheime und Wohnungen umziehen dürfen. Eine Rückführung innerhalb von drei Wochen ist vorzubereiten.

- ➔ Wir unterstützen die Vorschläge der baden-württembergischen Integrationsministerin Bilkey Öney (SPD), Flüchtlinge aus den westlichen Balkanstaaten auch in Bundesimmobilien unterzubringen und sie nach Beendigung ihrer Asylverfahren mit Hilfe der Bundespolizei in ihre Heimatländer zurückzuführen. Das entbindet den rot-grünen Senat nicht davon, in diesem Bereich eigene Anstrengungen zu unternehmen.
- ➔ Für viele Flüchtlinge vom Westbalkan ist nach eigenen Angaben das zentrale Motiv nach Deutschland zu kommen, das Taschengeld von 143 Euro zu erhalten, von dem sie nach einer Rückkehr nach Hause längere Zeit leben können: Wir begrüßen die vom Koalitionsausschuss auf Bundesebene festgelegte Vereinbarung, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen zukünftig weitgehend auf Bargeldleistungen verzichtet werden soll.
- ➔ Die CDU-Bürgerschaftsfraktion setzt sich dafür ein, auf Grundlage des Anhangs zur Europäischen Richtlinie No. 539/2001 zu prüfen, ob die Visafreiheit für die Staaten des westlichen Balkans zeitweise ausgesetzt werden kann.

### **3.2 Menschen ohne Bleiberechtsperspektive zurückführen**

Der rot-grüne Senat hat es in Bremen bisher versäumt, abgelehnte Asylbewerber in ihre Heimatländer zurückzuführen. Im Jahr 2014 wurden nur 14 Personen abgeschoben, die meisten davon waren Straftäter. Die Strategie des Senats, alleine auf eine freiwillige Rückkehr zu setzen, hat darüber hinaus bisher keinen Erfolg gezeigt. Durch die hohen Ausgaben für Menschen, die unseren Schutz nicht benötigen, kommt es im Haushaltsnotlageland Bremen zu finanziellen und personellen Engpässen im Sozialbereich. Menschen, die unseren Schutz wirklich benötigen, erhalten nicht die notwendigen Hilfen und haben das Nachsehen. Auch für die Menschen, die trotz abgelehnter Asylanträge nicht umgehend in ihre Heimatländer zurückgeführt werden, bedeutet die Inkonsequenz des Senats bei der Aufenthaltsbeendigung eine deutliche Erschwerung der Lebenssituation: Ohne aufenthaltsrechtliche Perspektive beginnen viele mit der Integration, sie erlernen die deutsche Sprache und ihre Kinder gehen zur Schule. Wenn sie dann doch von einer Rückführung betroffen sind, bricht für sie eine Welt zusammen.

- ➔ Wir halten die Verkürzung der Bearbeitungszeit für Asylanträge durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf höchstens drei Monate für einen unverzichtbaren Bestandteil zur Verbesserung der Asylpolitik. Nur so können anerkannte Flüchtlinge mit Bleiberechtsperspektive schnell in Ausbildung und Arbeit vermittelt und Flüchtlinge ohne Asylgrund in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Zudem muss die Abwicklung der Widerspruchsverfahren in Bremen deutlich beschleunigt und wenigstens dem bundesdurchschnittlichen Niveau angeglichen werden.
- ➔ Die CDU-Bürgerschaftsfraktion unterstützt den Vorschlag des Koalitionsausschusses auf Bundesebene, die Staaten Albanien, Montenegro und das Kosovo zu sicheren Herkunftsländern zu erklären und so die von vorneherein aussichtslosen Asylverfahren auf maximal drei Monate zu verkürzen.
- ➔ Wir fordern den Senat auf, deutlich mehr und schneller die Menschen mit abgelehnten Asylanträgen in ihre Heimatländer zurückzuführen.



### **3.3 Für einen Ausweg aus der Duldung – Kettenduldungen reduzieren**

Viele Menschen leben jahrelang mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus und ohne die Klärung ihrer Identität im Land Bremen. Obwohl sie nach jahrelangen Verfahren zur Klärung der Identität oft gut integriert sind, dürfen sie meistens nicht arbeiten und leben in ständiger Angst, Bremen verlassen zu müssen. Zum Teil haben sie aber in ihren Heimatländern eine Berufsausbildung oder ein Studium absolviert und könnten dem Arbeitsmarkt als Fachkräfte zur Verfügung stehen.

- ➔ Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert den Senat auf, für diese Personen unter bestimmten Voraussetzungen den Aufenthalt durch einen Aufenthaltstitel zu legalisieren: Dazu gehört die freiwillige Offenlegung der Identität und Herkunft, der Nachweis von ausreichenden Sprachkenntnissen und einer abgeschlossenen Berufsausbildung im Heimatland bzw. der Nachweis eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes oder einer mindestens sechsmonatigen praktischen Berufserfahrung in Deutschland sowie die negative Prüfung auf extremistische Tendenzen. Dazu muss der rot-grüne Senat sich im Bundesrat für eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes einsetzen.

### **4 Zivilgesellschaftliches Engagement stärken – Hilfe braucht Koordination**

Integration kann letztendlich nur dann gelingen, wenn sie auch in der aufnehmenden Zivilgesellschaft mit Offenheit gelebt und aktiv begleitet wird. Deutschland hat nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Mauerfall mit der Integration der Vertriebenen und (Spät-)Aussiedler gezeigt, dass eine hohe Integrationsbereitschaft besteht. Dank der guten Wirtschafts- und Konjunkturdaten, sowie des robusten Arbeitsmarktes ist es möglich, Flüchtlinge dauerhaft in die Gesellschaft zu integrieren. Viele Menschen, die selbst als Flüchtlinge, Aussiedler und Vertriebene nach Deutschland gekommen sind, erinnern sich heute an die Hilfe und Unterstützung, die ihnen selbst oder ihren Familien zu Teil geworden ist. Auch in Bremen und Bremerhaven engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich für Flüchtlinge und Asylbewerber. Andere tragen durch Sach- und Geldspenden ihren Teil bei, stellen privaten Wohnraum zur Verfügung oder engagieren sich in Beiräten und auf Stadtteilebene. Ihnen gebührt großer Dank und Anerkennung für ihre Arbeit. Diese Arbeit bestmöglich zu unterstützen, ist Aufgabe des rot-grünen Senats. Die Koordination der ehrenamtlichen Arbeit für Flüchtlinge erweist sich allerdings in der Praxis als schwierig und verbesserungsfähig. Auch Fortbildungen für Ehrenamtliche müssen angeboten werden.

- ➔ Die Koordination ehrenamtlicher Arbeit muss in Bremen und Bremerhaven deutlich verbessert werden. Sie ist Kernaufgabe des grün geführten Sozialressorts und darf nicht den Einrichtungsleitungen überantwortet werden, die mit der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge bereits vollständig ausgelastet sind.
- ➔ Die gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung für Flüchtlinge und Wohneinrichtungen muss erhalten bleiben: Die transparente Planung und die Beteiligung von Beiräten und Bürgern in den jeweiligen Ortsteilen muss vor der Eröffnung einer Einrichtung gewährleistet werden. Einrichtungen dürfen nicht allein auf Erlass der Sozialsenatorin mit Flüchtlingen belegt werden.
- ➔ Wir begrüßen den Beschluss des Koalitionsausschusses auf Bundesebene, 10.000 zusätzliche Stellen beim Freiwilligendienst zu schaffen.

- ➔ Auch die Arbeit von christlichen und muslimischen Gemeinden für Flüchtlinge und Asylbewerber ist in der aktuellen Situation von großem Wert. Der Senat ist aufgefordert diese Arbeit auch weiterhin zu unterstützen und einzufordern.

## **5 Zuwanderung neu gestalten – Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz**

Die Gesetzgebung im Bereich der Zuwanderung und des Aufenthaltsrechts ist in Deutschland äußerst komplex und nicht immer widerspruchsfrei. Eine echte Willkommenskultur, wie in klassischen Einwanderungsländern, wie Kanada oder Australien, ist dagegen nur schwach ausgeprägt. Auch eine gezielte Anwerbung von jungen Fachkräften und Talenten unterblieb bisher. Viele qualifizierte Arbeitnehmer haben deshalb in den letzten Jahren um den deutschen Arbeitsmarkt einen großen Bogen gemacht. Momentan wählen viele Zuwanderer den Umweg über das vermeintlich leichtere Asylverfahren, obwohl sie als anerkannte Fachkräfte auf anderem Weg zu uns kommen sollten. Im Wettbewerb um die klügsten Köpfe sind uns andere Länder, auch innerhalb der EU, weit voraus. Deutschland und auch Bremen und Bremerhaven brauchen aber eine qualifizierte Zuwanderung. Durch den demographischen Wandel sind in vielen Berufen Fachkräfte schon heute Mangelware und bremsen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Bremen.

- ➔ Die CDU-Bürgerschaftsfraktion setzt sich für ein transparentes und modernes Einwanderungsgesetz ein, welches die bisherigen Gesetze bündelt, strafft und vereinfacht und Zuwanderern einen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt verschafft. Es muss sich klar an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren und von einer regelmäßig überarbeiteten „Positivliste“ von Berufsfeldern flankiert werden.
- ➔ Eine offensive Zuwanderungswerbung für den deutschen Arbeitsmarkt mit der Botschaft „Willkommen in Deutschland zu sein“ muss verstärkt werden. Im Rahmen eines Internetauftrittes muss so ein Tor zur Welt entstehen.

## **6 Europa- und entwicklungspolitische Instrumente für die Herkunftsstaaten von Flüchtlingen stärken**

### **6.1 Europäische Flüchtlingspolitik stärken**

Von den steigenden Zuzugszahlen von Flüchtlingen sind momentan fast alle Länder der Europäischen Union betroffen. Die Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedsstaaten, das zeitweise Aussetzen der Visafreiheit für bestimmte Staaten und die wirksame Bekämpfung von Menschenhandel und -schmuggel, insbesondere im Mittelmeerraum, kann dauerhaft nur gemeinsam bewältigt werden. Auch die Verbesserung der Lebenssituation in den Herkunftsstaaten der Flüchtlinge und die Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen in Afrika und dem Nahen Osten kann nur gemeinsam in Angriff genommen werden.

- ➔ Die CDU-Bürgerschaftsfraktion begrüßt die Bemühungen auf europäischer Ebene, über gemeinsame Standards der Aufnahme von Flüchtlingen und ihre solidarische Verteilung auf die Mitgliedsstaaten zu verhandeln. Europa heißt für uns nicht, dass einige Länder in der Union die Last des Zuzugs tragen, während andere nicht bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, inwieweit die derzeit geltende Dublin-Verordnung dauerhaft durch ein innereuropäisches System der Verteilung von Flüchtlingen und Asylbewerbern ersetzt werden kann.

- ➔ Voraussetzung hierfür und gleichzeitig aus sicherheitspolitischen Erwägungen unverzichtbar ist eine zuverlässige und vollständige erkennungsdienstliche Erfassung aller Flüchtlinge bei ihrer Einreise in die Europäische Union. Hier müssen die besonders betroffenen Staaten in Süd- und Osteuropa schnellstmöglich Unterstützung erhalten.
- ➔ Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen gemeinsam Möglichkeiten prüfen, ob und wie Wege der legalen Einreise nach Europa für verfolgte Menschen ausgebaut werden können.
- ➔ Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss sich insgesamt stärker auf die Stabilisierung der Krisenregionen im Nahen Osten und in Afrika fokussieren. Insbesondere die Entwicklung Nordafrikas soll dabei in den Mittelpunkt gestellt werden, damit Schleuser- und Schlepperbanden der Nährboden entzogen wird. Wir begrüßen, dass durch Beschluss des Koalitionsausschusses auf Bundesebene 400 Mio. Euro zusätzlich zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden.
- ➔ Zusätzlich müssen Menschenhandel und Schleuserkriminalität in den Herkunftsländern, aber auch innerhalb der EU deutlich zurückgedrängt werden. Dazu sind die innereuropäischen Mechanismen zu stärken.

## **6.2 Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess auf dem Westbalkan fortsetzen**

Die Menschen, die momentan als Flüchtlinge aus den Staaten des westlichen Balkan nach Bremen und Bremerhaven kommen, verlassen ihre Heimatländer vor allem aus wirtschaftlichen Gründen. Diese haben aber wiederum vor allem politische Ursachen: Unklare Grenzziehungen, handlungsunfähige und -unwillige Staaten, Korruption, Vetternwirtschaft und ungelöste ethnische Konflikte belasten die jungen Demokratien im ehemaligen Jugoslawien und in Albanien. Minderheiten, wie die Volksgruppe der Roma, werden diskriminiert und ausgegrenzt. Oft haben sie keine Perspektiven. Ethnische Unruhen, wie zuletzt in Mazedonien, belegen, dass die Situation vor Ort alles andere als stabil ist. Eine solche Instabilität vor ihrer Haustür kann die Europäische Union nicht hinnehmen. Das haben die Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien in den 90er Jahren bewiesen. Die Anstrengungen, den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess in der Region voranzutreiben, müssen deshalb deutlich vorangetrieben werden. Auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss die Region wieder stärker in den Fokus nehmen.

- ➔ Die CDU-Bürgerschaftsfraktion unterstützt den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der Europäischen Union für die Staaten des westlichen Balkans. Wir setzen uns dafür ein, die Heranführungsmechanismen zu stärken und zu beschleunigen sowie die Entwicklung der Region wieder vermehrt in den Fokus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu rücken. Europa kann sich eine politische und wirtschaftliche Instabilität vor seiner Haustür nicht leisten.
- ➔ Wir fordern den rot-grünen Senat auf, sich im Rahmen der entwicklungspolitischen Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen verstärkt in den Staaten des westlichen Balkans zu engagieren. Der Schwerpunkt ist hierbei weg von Umwelt- und Ressourcenfragen, hin zur Entwicklung von Demokratie, Zivilgesellschaft und der Förderung und gesellschaftlichen Integration von Minderheiten auf dem Balkan zu legen.